

Klimakampagne gegen heiße Luft



Wir sind plötzlich alle Klimaschützer! Von der Bild-Zeitung bis zum RWE werben jetzt alle für Energiesparen usw. unabhängig von ihren sonstigen klimatischen Schandtaten. Ende April führen die GRÜNEN bundesweit eine Klimakampagne

durch. Heiße Luft und unverbindliche Ankündigungen hat es viele gegeben. Konkrete Maßnahmen vielen bescheiden aus oder nahmen in Sachen CO₂-Ausstoß eine falsche Rücksicht auf die Automobilindustrie. Da die Zeit für Gegenmaßnahmen drängt, um die Erderwärmung zumindest in erträglichen Grenzen zu halten, beteiligen wir uns an der bundesweiten Klimakampagne der GRÜNEN. Am Jahrestag der

Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zeigen wir in der Innenstadt eine Ausstellung über erneuerbare Energien und führen anschließend den Al Gore Film zum Klimawandel „Eine unbequeme Wahrheit“ auf. (26.4. ab 18.00 Uhr im Sabu/Lichtburg). Ohne Druck und Eigeninitiative bewegt sich in Sachen Klimawandel nicht genug – das haben auch die ersten Monate des Jahres belegt. Deshalb wollen wir mit unseren Aktivitäten einen Beitrag leisten, um auf dem Weg zum Klimaschutz voranzukommen. Mit der plötzlichen Rücknahme der zugesagten Gelder für die Straßenbahn auf dem neuen Krupp-Boulevard (Bertold-Beitz-Boulevard) durch unseren wenig geliebten CDU-Verkehrsminister Wittke wurde für Essen eine weitere Chance vergeben, das Klima in unserer Stadt zu verbessern. In diesem Sinne gibt es noch sehr viel zu tun – packen wir es gemeinsam an!

*Ihre Doris Eisenmenger,
Schatzmeisterin*

Inhaltsverzeichnis

Boulevard ohne Straßenbahn	1
Kino: "Eine unbequeme Wahrheit" im Sabu - Kino in der Lichtburg	3
Exkursion zur Solarstadt Gelsenkirchen	3
Prima Klima auf der MV	4
FEINSTAUBCHAOS IM RUHRGEBIET	4
NPD in Borbeck (und überall) unerwünscht!	5
GRÜNE: Trotz Querschüsse aus der SPD- Borbecker Masterplan-Prozess muss weitergehen	6
Pinkwart vertreibt Studierende	7
Kai Gehring und GRÜNE auf Demografie-Tour in Essen	7
Tipps und Termine	9

Boulevard ohne Straßenbahn Armutszeugnis des Verkehrsministers

Mit Empörung haben die GRÜNEN auf die angedrohte Kündigung der Fördermittel zum Bau der Straßenbahntrasse im Krupp-Boulevard (jetzt Bertold - Beitz - Boulevard) reagiert. „Es ist ein Unding, wenn das Land

zum Beginn der Bauarbeiten unmittelbar vor dem ersten Spatenstich verbindliche Zusagen zurückzieht und fälschlich auch noch behauptet, dies geschehe im Einvernehmen mit der Stadt.

„Solide Politik und Vertragstreue sieht anders aus!“ so Heribert Rüsing, Vorstandssprecher der GRÜNEN. Das Ruhrgebiet bekommt keine Fördermittel* mehr zur Not auch vertragswidrig. „Ist das die Politik der Landesregierung?“ fragt sich Rüsing. „Das darf doch angesichts der realen Probleme nicht wahr sein!“

Unbestritten ist auch für GRÜNE, dass die Erschließung und Nutzung des Krupp-Gürtels mit seiner riesigen Fläche für die Stadt viele Chancen bietet, nicht nur für Gewerbe und Wohnen. Die Schaffung eines neuen Parks mit einer Größe von 22 ha und einem See gehört zu den Maßnahmen am Rande von Altendorf, die GRÜNE besonders freuen.

Vermurkste Zukunftsinvestition

Für GRÜNE ist aber die Straßenbahn unverzichtbarer Bestandteil der Erschließung des Krupp- Areal, „Klimaschutz ist für Minister Wittke offensichtlich nur Geschwätz in Sonntagsreden. Feinstaub und CO₂ bekämpft man mit attraktiven Angeboten bei Bus und Bahn und nicht mit Autovorrangpolitik. Das ist Verkehrspolitik von vorgestern.“

Die neue Straßenbahntrasse hat eine wichtige Funktion im Netz und entlastet die völlig überlastete und für alle Verkehrsteilnehmer hochgefährliche Kreuzung Helenenstraße.

Außerdem sorgt sie dafür, dass die Linie 109 nicht mehr ihre Umwegfahrten über Altendorf machen muss und wieder direkt an die City angebunden wird. Darüber hinaus wird die

neue Krupp-Thyssen-Zentrale mit ihren Beschäftigten optimal an den ÖPNV angebunden und die

weiteren geplanten Ansiedlungen an der neuen Straße quer durch das ehemalige Krupp-Fabrikgelände ebenso.

Rüsings Aufforderung an den Minister, sich vor Ort kundig zu machen, blieb erfolglos. Auch ein Gespräch zwischen OB-Reiniger und Wittke kurz vorm Spatenstich brachte keine Wende.

Der Minister bestätigt damit seinen Ruf als Autovorrangpolitiker, der die Zeichen der Zeit und des Klimawandels nicht erkannt hat.“ urteilt Vorstandssprecher Heribert Rüsing. GRÜNE sind schwer enttäuscht, dass Verhandlungen mit dem starrköpfigen Minister ergebnislos blieben. Damit enttäuscht der Minister nicht nur die Mehrheit der Ratsparteien, sondern er übergeht auch das einstimmige Votum des Regionalrats Düsseldorf für die Straßenbahnförderung.

Zum symbolischen ersten Spatenstich für den Krupp-Boulevard forderten die GRÜNEN, den Straßenbahnbau zu fördern und beteiligten sich mit einem Transparent „**Sonntagsreden für Klimaschutz – im Alltag ohne Straßenbahn!**“ und „Boulevard ohne Straßenbahn ist wie Essen ohne Kultur.“

Seitens der Stadt wird mit dem Verkehrsministerium weiter über Fördermittel verhandelt

Im Verkehrsausschuss des Landtags wurde das Thema Straßenbahnförderung vertagt auf den Mai. Die Hoffnung stirbt zuletzt - aber die Straßenbahn scheint vorerst leider abgefahren.

Joachim Drell



**Ministerpräsident Rüttgers hatte angekündigt, dass das Ruhrgebiet künftig keine besonderen Fördermittel mehr vom Land erhalten und sich wie alle anderen Regionen um Gelder bewerben soll. Damit ignoriert Rüttgers die besondere Situation des Ruhrgebiets. Gleichzeitig stellte sich heraus, dass die meisten Landesmittel in den Kreis Steinfurt geflossen sind - wofür auch immer- und nicht in eine Ruhrgebietsstadt.*

Kino: "Eine unbequeme Wahrheit" im Sabu - Kino in der Lichtburg

GRÜNE zeigen den Al-Gore-Film am Donnerstag, den 26. 4. ab 18.00 Uhr im Sabu in der Lichtburg. Der Oscar-prämierte Dokumentarfilm des früheren US-Vizepräsidenten Al Gore, der über die Gefahren des Klimawandels berichtet, hat weltweit für Aufsehen gesorgt und beeinflusst die umweltpolitische Debatte im GRÜNEN Sinne.



Der Film liefert einen beeindruckenden Mix aus ernüchternden Fakten, pointierten Cartoons und schockierenden Bildern. Dabei bietet er ein eindeutiges Plädoyer für Natur und Klimaschutz - gegen die Umweltsünden unserer Gesellschaft. Die Botschaft lautet: Wir haben nicht mehr viel Zeit, um unsere Erde zu retten. Der Termin ist bewusst auf den Tag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gelegt. Der Eintritt ist frei - GRÜNE bitten dafür um eine Spende. Strömet zu Haufen - es lohnt sich!

http://movies.uip.de/eineunbequemewahrheit/ait_live/

Exkursion zur Solarstadt Gelsenkirchen

Am **Freitag, den 11.5. von 14.00 bis ca. 17.00 Uhr** machen Essener GRÜNE deshalb eine Besichtigungstour in unserer Nachbarstadt. Diese beginnt im Wissenschaftspark Gelsenkirchen mit einem Vortrag zur Solarenergie und der Besichtigung der Technologieausstellung Solar-Expo. In der SolarExpo (www.solarexpo.de/) erfahren wir u.a, wie aus Sand eine fertige Anlage zur solaren Stromerzeugung entsteht. Wir besichtigen einen der Sonnenkollektoren auf dem Dach eines Gebäudes des Wissenschaftsparks. Anschließend besuchen wir eine Solarsiedlung in Gelsenkirchen - Bismarck. Die Exkursion dauert

ca. drei Stunden. Der ursprünglich mit angekündigte Besuch der Firma Scheuten-Solar kann leider nicht stattfinden, weil die Firma keine öffentlichen Führungen mehr durchführt.

Wir treffen uns um 14.00 Uhr am Bhf. Gelsenkirchen an der Information. Abfahrt ab Essen HBF um 13.48 Uhr auf Gleis 21 (RB 42 nach Münster), Ankunft in Ge-HBF um 13.56 Uhr.

Wir bitten um eine verbindliche Anmeldung bis zum 8.5. über den Kreisverband Essen der GRÜNEN, Tel.: 0201-24764-33 oder e-mail: kreisverband@gruene-essen.de Die TeilnehmerInnenzahl ist beschränkt!!

Prima Klima auf der MV Johannes Remmel bei den Essener GRÜNEN

Bei seinem Vortrag über Maßnahmen gegen den Klimawandel im Lande auf der Mitgliederversammlung ging Johannes Remmel (MdL und parlamentarischer Geschäftsführer der GRÜNEN Landtagsfraktion) davon aus, dass es an einer politischen Mehrheit fehle, um eine wirksame Klimaschutzpolitik durchzusetzen. Insbesondere die NRW-Landesregierung redet bestenfalls von Klimaschutz, um dem aktuellen Trend Rechnung zu ragen. Rüttgers hat über diese Problematik bisher kein Wort verloren und Abgeordnete von CDU und FDP bestreiten gar, dass es überhaupt einen Klimawandel gäbe

GRÜNE gehen dagegen davon aus, dass insbesondere im Energieland NRW der geplante zu- und Neubau von 20 Stein- und Braunkohlekraftwerken (RWE lässt grüßen!) mit ihrem enormen CO₂ Ausstoß auf Jahrzehnte eine negative Entwicklung festschreiben würde. Kohleverbrennung ist klimatisch die schädlichste Form der Energiegewinnung!

GRÜNE treten für den Rückbau der Kohlekraftwerkskapazitäten ein und setzen auf erneuerbare Energien. Steinkohlekraftwerke halten GRÜNE als dezentrale Kraftwerke verbunden mit Kraftwärmekoppelung für die Heizung für richtig, nicht aber als Großkraftwerke mit geringem Wirkungsgrad irgendwo auf dem flachen Land rund ums Ruhrgebiet.

Freifahrtschein für jeden und/oder Nahverkehrsabgabe?

Im Verkehrsbereich gibt es seit längerem Zuwächse für den öffentlichen Nahverkehr Bund und Land haben die Gelder aber gekürzt. Um eine neue Dynamik für den ÖPNV zu entwickeln kann sich Johannes Remmel zwei Möglichkeiten vorstellen, um mehr Geld für den notwendigen Ausbau des ÖPNV zu gewinnen.

a) jede/r Bürger/in bekommt z.B. ab zehn Euro (sozial gestaffelt) eine Freifahrtschein für ganz NRW analog zum Studententicket.

b) Zur Finanzierung wird eine Nahverkehrsabgabe erhoben. (Landessache) und beispielsweise könnte für die Neuzulassung von Autos eine entsprechende Gebühr erhoben werden. Je klimaschädlicher das Fahrzeug, je höher die Abgabe. Je geringer die Emissionen desto geringer die Gebühr. Geländewagen müssten reichlich blechen, Kleinwagen entsprechend wenig.

Außerdem wurde intensiv über die Bereiche Ernährung, Wohnen und Energieeinsparung gesprochen. Es kommt darauf an, Rechtliche Standards zu setzen, die den Energieverbrauch und CO₂ –Ausstoß reduzieren. Darüber hinaus sollte jede/r einzelne schauen, was er tun kann. Das fängt beim Wechsel des Stromanbieters weg vom RWE an....

Joachim Drell

FEINSTAUBCHAOS IM RUHRGEBIET CDU-Regierungspräsident im Alleingang gegen das Ruhrgebiet

Der Arnsberger Regierungspräsident (RP) Diegel hat einen Luftreinhalteplan nur für Dortmund vorgestellt. Er erteilt damit dem vom RVR vorgelegten Plan zur Errichtung einer Umweltzone für das Ruhrgebiet insgesamt eine Absage und ersetzt diesen Plan durch Flickschusterei.

„Regierungspräsident Diegel chaotisiert die Feinstaubdebatte im Ruhrgebiet. Keine zwei Monate ist es her, da hat Umweltminister Uh-

lenberg in einer gemeinsamen Sitzung mit sämtlichen Oberbürgermeisterinnen, -bürgermeistern und Landräten des Ruhrgebiets den Sinn von regionalen Umweltzonen als eine Maßnahme gegen den Feinstaub bekräftigt und die Einrichtung einer solchen Umweltzone im Ruhrgebiet angekündigt. Dem erteilt Regierungspräsident Diegel nun eine Absage und legt einen eigenen Luftreinhalteplan für Dortmund vor,“ so Johannes Remmel, parlamentarischer Geschäftsführer und

umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion.

Dieser Querschuss aus Arnsberg im Sauerland (!) ist ein Affront gegen den Regionalverband Ruhr (RVR) und seine gewählte Verbandsversammlung und das Bestreben, einheitlich für die Region Ruhrgebiet zu planen. Nach wie vor haben ansonsten in Münster und Düsseldorf wie in Arnsberg RPs die Möglichkeit, dem Ruhrgebiet reinzureden und Planungsprozesse zu verkomplizieren – ein unhaltbarer Zustand aus Sicht der GRÜNEN. Auch wenn mit einem neuen RVR-Gesetz Abhilfe geschaffen werden soll - zur Zeit droht das Ruhrgebiet wieder ausgebremst zu werden.

Nach Vorgabe des RVR sollte ein städteübergreifender Luftreinhalteplan in Form der Umweltzone Ruhr geschaffen werden. Um die Belastung durch Feinstaub im Ruhrgebiet unter Kontrolle zu bringen. Der RVR hat am 22.11.2006 dazu erste Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie vorgelegt. Demnach soll ab 01.01.2008 eine großräumige Umweltzone eingerichtet werden, innerhalb der nur noch Fahrzeuge, die bestimmte Abgasnormen erfüllen und eine entsprechende Plakette haben, fahren dürfen. Von einem Fahrverbot betroffen wären Dieselfahrzeuge mit Abgasstandard Euro 1 oder schlechter und Fahrzeuge mit Ot-

tomotor ohne geregelten Katalysator bzw. geregeltem Katalysator der ersten Generation. Bei Zuwiderhandlung drohen Bußgeld (40 Euro) und ein Punkt in Flensburg.

Nach Meinung der GRÜNEN Landtagsfraktion ist jetzt Umweltminister Uhlenberg zum Handeln gezwungen. Die Zuständigkeiten müssen endlich klar geregelt sein, um Inselfösungen zu verhindern. Denn solche Maßnahmen reichen lange nicht aus, das Feinstaubproblem auf Dauer zu lösen. Es geht um eine großflächige und praktische Lösung für die Gesundheit der betroffenen Menschen.

Uhlenberg muss eine federführende Behörde bestimmen, die das weitere Verfahren vorantreibt. Eine der Bezirksregierungen Düsseldorf, Münster oder Arnsberg muss einen Entwurf für einen großflächigen Luftreinhalteplan einschließlich der Einrichtung einer Umweltzone Ruhr vorlegen, der als Entscheidungsgrundlage dient. Die einfachste und vernünftigste Lösung wäre die Übernahme des RVR-Vorschlags. In Essen gibt es wegen der hohen Feinstaubwerte derzeit zeitweise Einschränkungen des LKW-Verkehrs auf der Gladbecker Straße und auf der Frillendorfer Straße

GRÜNE LTF/Joachim Drell
*Kurzinfo über die Aktion erfolgt am
Mo, den 23. 4.-foto kommt am Sa*

NPD in Borbeck (und überall) unerwünscht!

Das war die eindeutige Botschaft in Borbeck wie in der gesamten Stadt, nachdem die Anmeldung einer Demonstration der NPD in Borbeck bekannt geworden war. Für die Gegenaktion wurde ein Aufruf erstellt, der eine breite Resonanz auch in Borbeck selbst fand.

Die NPD konnte bei ihrer landesweiten Mobilisierung lediglich ca. 60 Demonstranten auf die Beine stellen. Immerhin knapp 1000 Gegen-demonstrantInnen fanden sich dagegen in Borbeck zusammen. OB Reiniger fand auf der Kundgebung die richtigen Worte und forderte zum gemeinsamen Kampf gegen den Rechts-extremismus auf. Dass auf dieser Kundgebung insgesamt 11 Redner ihre so genannten „kur-

ze“ Beiträge darboten, führte insgesamt zu einer langweiligen Inszenierung- weniger wäre Besser gewesen, zumal Reiniger das Wesentliche am Anfang gesagt hatte.

GRÜNE haben wie zahlreiche andere Gruppen (u. a. DGB, SPD, Linkspartei, evangelische Kirche und diesmal selbst die katholische Kirche) diesen Aufruf unterstützt und sich an der Gegen-demonstration beteiligt. Der Stadtrat hatte sich zuvor mit großer Mehrheit und GRÜNEN Stimmen gegen den NPD-Aufmarsch ausgesprochen, die NPD als unerwünscht deklariert und aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die unliebsame Erscheinung von

Neo-Nazis zu verhindern. Leider blieb der rechtliche Weg erfolglos, da Demonstrationsverbote nur sehr schwer durchsetzbar sind. "Die rechten Aufmärsche sind eine gezielte Provokation der Demokratie in NRW und Teil des Versuches, die NPD im Parteienspektrum in NRW zu verankern", erklären die Landesvorsitzenden der GRÜNEN Daniela Schneckenburger und Arndt Klocke ". Bei diesem Versuch ist das Bestreben der Rechtsextrremen ablesbar, sich auf kommunaler Ebene unter dem Dach von "Pro NRW" mit Blick auf die Kommunalwahlen 2009 zu konstituieren. Das Ruhrgebiet soll eine zentrale Rolle in der

Strategie der NPD zu spielen, sich im Westen Deutschlands auszudehnen und ihre menschenverachtende Propaganda weiter verbreiten zu wollen. Diese Einschätzung spiegelt sich auch im Landesverfassungsschutzbericht des Innenministeriums wider.

Deshalb sind wir GRÜNE, alle anderen demokratischen Parteien, Verbände und Initiativen aufgefordert, die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts nicht zuzulassen, die ihren propagandistischen Höhepunkt bei einem NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Dortmund finden soll.

Joachim Drell

GRÜNE: Trotz Querschüsse aus der SPD- Borbecker Masterplan-Prozess muss weitergehen

Der Gesprächskreis Borbecker Masterplan ist parteiübergreifend organisiert und steht als Gesprächsforum allen in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien offen. Beteiligt haben sich SPD, CDU und GRÜNE. FDP und Bürgerbündnis haben dagegen nicht daran teilgenommen. Ziel des Kreises war es, einen Maßnahmenkatalog zur Stadtentwicklung zu erarbeiten. Durch das unabgesprochene Vorpreschen des Landtagsabgeordneten Thomas Kutschaty (SPD) ist der Prozess zur Vereinbarung von Gemeinsamkeiten stark gefährdet. Zum Rücktritt von Dr. Wolfgang Sykorra (SPD) als Moderator des Borbecker Masterplan-Prozesses* erklären die GRÜNEN Mitglieder der Bezirksvertretung Bernd Vornefeld und Thorsten Drewes:

1. Auch wir sind von dem Vorstoß von Thomas Kutschaty völlig überrascht worden, mit dem vor einigen Tagen Einzelheiten aus den vertraulichen Gesprächen in der Masterplan-Arbeitsgruppe „Verkehr und öffentlicher Raum“ bekannt geworden sind. Dass der SPD Ortsverein Borbeck so kurz vor Abschluss des Masterplan-Prozesses an die Öffentlichkeit gegangen ist, ist für uns um so unverständlicher, als die Ideen, die Herr Kutschaty vorträgt, in weiten Teilen mit den Arbeitsergebnissen der

Masterplan-Arbeitsgruppe übereinstimmen. Es wäre sicher nutzbringender für Borbeck gewesen, wenn Thomas Kutschaty und der SPD-Ortsverein Borbeck den Teil ihrer Vorschläge, der über das bisherige Masterplan-Ergebnis hinausgeht, in den Masterplan-Prozess eingebracht hätten.

2. Auch wenn wir den Rückzug von Herrn Dr. Sykorra unter den gegebenen Umständen nachvollziehen können, bedauern wir ihn dennoch außerordentlich, da seine Moderation bisher viel zu der sehr guten Gesprächsatmosphäre in der Masterplan-Gruppe beigetragen und er dem Prozess viele positive Impulse verliehen hat. Wir danken ihm dafür und würden es sehr begrüßen, wenn sein Rückzug nur seiner Moderatorenrolle und nicht seinem Engagement für den Stadtteil gilt.

3. Wir hoffen sehr, dass der bisher sehr konstruktive Masterplan-Prozess dennoch in Kürze zu einem positiven Abschluss kommen kann. Dies gilt umso mehr, als die Ergebnisse der beiden anderen Masterplan-Arbeitsgruppen von den Veröffentlichungen nicht betroffen sind. Wir werden uns in jedem Fall sehr für eine Fortsetzung einsetzen und sind angesichts der Gespräche, die wir in den letzten Tagen geführt haben auch optimistisch, dass dies gelingen kann.

Pinkwart vertreibt Studierende

Bezahlstudium sorgt für Rückgang von Studierenden in Essen-Duisburg

Seit einigen Tagen läuft das Sommersemester an Nordrhein-Westfalens Hochschulen – zum ersten Mal mussten die Studierenden für den Hörsaalbesuch tief in die Tasche greifen. Nun wird deutlich, dass die von Hochschulminister Pinkwart (FDP) eingeführten Studiengebühren zu einem deutlichen Einbruch der Studierendenzahlen für das Sommersemester geführt haben.

Dazu erklärt **Kai Gehring**, jugend- und hochschulpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion:

„Die Zahlen belegen es überdeutlich: Die seit diesem Sommersemester zu zahlenden Campusgebühren vertreiben die Studentinnen und Studenten von Nordrhein-Westfalens Hochschulen. Allein an der Uni Duisburg-Essen haben sich etwa 25% der Studierenden noch nicht zurückgemeldet - dass sie dies noch tun, glaubt wahrscheinlich nicht mal der Chaosforscher Pinkwart. Zumal dieser aus seiner Ein-

schätzung, die Studierendenzahlen würden aufgrund der Campus-Maut sinken, nie einen Hehl gemacht hat.

Die Diskrepanz zwischen Reden und Handeln der in NRW sowie im Bund regierenden Koalitionen macht dabei schier fassungslos. Es gibt niemanden, der die Bedeutung von Hochschulstandorten für den Innovations-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort NRW ernsthaft in Frage stellt. Warum wird dann grundsätzlich entgegengesetzt gehandelt? Stichwort BAföG: trotz gestiegener Lebenshaltungskosten folgt eine großkoalitionäre Nullrunde. Stichwort Studienkredite: als Instrument der preiswerten Gebührenfinanzierung vorgestellt, sind die Zinsen bereits nach einem Jahr deutlich erhöht worden.

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, ohne dass man politisch gegengesteuert, ist NRW auf dem besten Weg sein Zukunftspotenzial zu verspielen. Dass dies im Sinne des Innovationsministers ist, möchte man nicht mal ihm unterstellen.“

Kai Gehring und GRÜNE auf Demografie-Tour in Essen

Liebe Freundinnen und Freunde,

an dieser Stelle möchte ich Euch über die Demografie-Tour der grünen Bundestagsfraktion informieren. Diese hat am 16.04. in Essen Station gemacht. Einen ganzen Tag lang widmeten meine Kollegin Britta Hasselmann, Heribert Rüsing, Christine Müller-Hechfellner und ich uns unter der Überschrift „Zukunft selbst gemacht – Bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel“ dem Thema.

Oftmals besteht die Sorge, Bürgerschaftliches Engagement könne als Lückenbüßer und Ersatz für professionelle Infrastruktur und staatliche Verantwortung missbraucht werden. Das kann niemand wollen. Es muss darum gehen, die hohe Bereitschaft zu bürgerschaftlichen Engagement in der Gesellschaft weiter zu fördern. Denn darin stecken große Chancen und Potenziale: für die Zivilgesellschaft, für neue Formen der Beteiligung und ideenreicher Stadtteilkultur.

Wie lässt sich das vor Ort erreichen? Dazu Britta Haßelmann, Sprecherin für Kommunalpolitik, Demografie und Altenpolitik, und ich Einrichtungen und Projekte in der Stadt Essen angesehen, die zeigen, welche positive Rolle bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel spielen kann. Die künftige Kulturhauptstadt Essen galt als gute Wahl für eine Station auf der Demografie-Tour, weil Essen Paradebeispiel für eine schrumpfende und alternde Großstadt ist. Bereits seit den 90er Jahren

ist der Anteil der über 65jährigen größer, als die Gruppe der Jugendlichen. Die Ruhrgebietsmetropole kann daher als Laboratorium

des demografischen Wandels betrachtet werden

Die Essener Ehrenamtagentur

Das Ladenlokal wirkt offen, einladend und gemütlich. Hier hat die Ehrenamt Agentur Essen ihre Anlaufstelle. Jede/r kann vorbeikommen und einen Termin vereinbaren: „Circa eine Stunde dauert ein solches Beratungsgespräch“, erläutert Janina Krüger, Geschäftsführerin der Ehrenamt Agentur. Dabei wird ein Fragebogen gemeinsam ausgefüllt, in dem **Kompetenzen, Zeitressourcen und Hobbys** abgefragt werden („Profiling“). Dieser wird dann mit Angeboten aus der Datenbank „Fairmatch“ abgeglichen: Im Moment gibt es 420 Engagementangebote von 180 Organisationen. Die Ehrenamt Agentur stellt bei Interesse den Kontakt her und stimmt Details ab. „Und nach vier Wochen fragen wir nach, ob die Vermittlung erfolgreich war“, erzählt Frau Krüger. Neben der **Vermittlungstätigkeit** hat die Ehrenamt Agentur auch eigene Projekte erfolgreich initiiert: Bei „17/70 – Junge Paten für Senioren“ absolvieren Jugendliche eine halbjährige theoretische und praktische Ausbildung und engagieren sich danach mindestens ein Jahr in vielfältigen Formen, zum Beispiel zur Freizeitgestaltung, für Seniorinnen und Senio-

ren. Neben reichlich neuen Erfahrungen und den Dank und die Anerkennung aller Beteiligten erhalten die Jugendlichen als „Bonbon“ und Gratifikation einen Zuschuss von 100 Euro zum Führerschein. Das Projekt **„Freunde für Kinder“** vermittelt Paten für benachteiligte Kinder (children at risk). Pate und Kind verbringen ein Jahr lang mindestens vier Stunden pro Monat miteinander. Auch hier werden die Freiwilligen intensiv geschult und auf ihre Rolle vorbereitet. **Ruhrdax** greift zentrale Börsenelemente auf und bringt unter dem Motto „Wirtschaft trifft Ehrenamt“ Bedarfe gemeinnütziger Einrichtungen und ehrenamtliche Unterstützungsangebote von Wirtschaftsunternehmen zusammen. Entscheidend bei der Arbeit der Ehrenamtagentur ist es auch, neue Anerkennungsformen zu entwickeln, wie zum Beispiel den **JEep-Pass** („Junge Essener erfahren Partizipation“). Dieser bescheinigt Jugendlichen ihre Leistungen im Ehrenamt. Damit können sie dann auch bei Bewerbungen punkten. Diesen zentralen Ansatz der Ehrenamtagentur lässt sich einfach umschreiben: **„Man tut es nicht nur für andere, sondern auch für sich selbst“**.

Bürgerzentrum Südostviertel Storp 9

Weit leuchten die bunten Farben auf dem Gebäude in der Storp Straße 9 im Südostviertel. Zu sehen sind zwei Figuren, die aufeinander zugehen. So ist die Philosophie des Bürgerzentrums Storp 9, die Begegnung von unterschiedlichen Generationen und Kulturen, bereits von Außen gut erkennbar. Im Inneren haben ganz unterschiedliche Organisationen und Gruppen ihren Platz gefunden: Der Kunstverein Port e.V. bietet Kunstkurse an. In der Computerschule ließen sich bereits 20 Bürgerinnen und Bürger am PC schulen, die nun auf freiwilliger Basis ihr Wissen weitergeben. Außerdem gibt es eine Hausaufgabenschule, die vor allem von Kindern mit Migrationshintergrund besucht wird. Die libanesische Frauengruppe trifft sich ebenso regelmäßig wie die

Mutter-Kind-Gruppe oder die Seniorinnengruppe. Am Kicker toben sich die Jugendlichen des Viertels aus. „Natürlich läuft das bei so unterschiedlichen Interessen nicht alles spannungsfrei ab“, wie der Leiter, Christan Papias, berichtet. „Aber dann gehört es dazu, zu vermitteln und Kompromisse zu finden.“ Das Miteinander von Generationen und Kulturen unter einem Dach ist ein gutes Beispiel für eine Belebung des Stadtteils. Storp 9 ist ein beispielhaftes Kooperationsprojekt zwischen einem lokalen Wohnungsbauunternehmen (Allbau AG) und dem städtischen Jugendamt. Das klappt auch immer ganz gut.“ Nach zwei Jahren Betriebszeit ist das Storp 9 aus dem Viertel nicht mehr wegzudenken und hat erheblich dazu beigetragen, dass eine neue Form von Stadteilkultur und Stadtteilidentität gelebt wird.

Pimp my Stadtteil im Bezirk Borbeck

Oftmals haben Jugendliche das Gefühl bei der Mitgestaltung ihres Lebensumfelds zu wenig mitreden zu können. „Pimp my Stadtteil, motze deinen Stadtteil auf“ – Teil des Projekts mit-Wirkung! der Bertelsmann-Stiftung - steht für eine Kreativitätswerkstatt, die Jugendlichen eine neue Form der Mitsprache ermöglichen will. Das funktioniert folgendermaßen: Zu dem zentralen Jugendforum 2006 kamen rund 100 Jugendliche. Die einzige Frage war: Welche Punkte sind euch in eurer Umgebung wichtig? Die Beantwortung der Frage konnte schriftlich oder durch Modellbau erfolgen. So interessier-

ten sich viele Jugendliche für ein neues Tanz- und Bewegungszentrum und lieferten dann gleich noch ein Modell mit, das ihren Wünschen entspricht. Das Team um den Projektleiter, Daniel Dimke, versucht nun mit der Stadtverwaltung zu verhandeln, Sponsoren zu finden und diese Idee zu realisieren. Die Jugendlichen werden dabei aktiv in den Prozess eingeschlossen und regelmäßig über den aktuellen Stand informiert. „Letztendlich geht es darum den Jugendlichen zu vermitteln, dass sie etwas verändern können, wenn sie sich engagieren“, fasst Daniel Dimke den zentralen Projektgedanken zusammen.

Podiumsdiskussion „Zukunft selbst gemacht“

In der Essener Volkshochschule fand die Demografie-Tour mit einer Podiumsdiskussion ihren Abschluss. Neben Britta Hasselmann und mir diskutierten Janina Krüger, Geschäftsführerin der Ehrenamtagentur, der Leiter des Projekts „Pimp my Stadtteil“, Daniel Dimke und Rainer Fretschner vom Institut „Arbeit und Technik an der Fachhochschule Gelsenkirchen“. Unser Thema: Zukunft selbst gemacht - Bürgerliches Engagement im demografischen Wandel“. Dabei herrschte zunächst zwischen den Diskutanten Einigkeit, dass bürgerschaftliches Engagement nicht der billige Jakob sein dürfe. „Es ist unbedingt ein kluger Mix zwischen professionellen und freiwilligen Strukturen notwendig“, betonte Britta Haßel-

mann. Die Diskussion zeigte anschließend Parallelen zwischen den Klischees über alt und jung auf. Während ich darauf hinwies, dass die junge Generation nicht zur vergessenen Generation werde dürfe und immer nur negativ in die Schlagzeilen kommen, z.B. bei Thema wie Killer-Spiele und Komasaufen, warb Rainer Fretschner dafür auch bei Seniorinnen und Senioren endlich vom Defizit-Ansatz (sind alt, gebrechlich) zum Kompetenz-Ansatz (können etwas für ihre Umgebung tun), überzugehen. Mit bürgerschaftlichen Engagement kann schließlich auch der Generationen-dialog gefördert werden, wie die Projekte in Essen gezeigt haben. Deutlich wurde, dass Essen eine „Gesamtstrategie demografischer Wandel“ braucht, die alle Politikfelder umfasst.

Herzliche Grüße Kai Gehring, MdB

Tipps und Termine

Angebot: Essener Fahrradkalender 2007

Der neue Fahrradkalender für 2007 der Stadt ist erschienen. Der Kalender enthält nicht nur alle fahradrelevanten Termine und bekannten Radtouren von April bis Oktober dieses Jahres, sein Schwerpunktthema ist außerdem das Jubiläum 100 Jahre Rot-Weiß-Essen. Aber der Fahrradkalender hat noch weitere interessante Termine im Angebot und bietet viele Informationen rund ums Rad einschließlich Hinweisen zu den Themen Radfahren in Essen, Fahrradvermietung/ Radstationen, Fahrradkarten sowie aktuelle Adressen der Fahrradgeschäfte und Radsportvereine. Der in einer Auflage von 10.000 Exemplaren gedruckte Fahrrad-Kalender ist an vielen Auslagestellen mit Besucherverkehr erhältlich: zum Beispiel im Rathaus, in den Bürgerämtern, den Stadtbibliotheken und in der Touristikzentrale, die ihn auf telefonische Anfrage unter 88-72048 auch versendet. Und im Internet ist

unter der Adresse www.essen.de/fahrradfreundlich Fahrradkalender 2007 mit dem kompletten Inhalt des Heftes zu finden.

Termine für Grüne und Interessierte

WANN			WO	WAS
26.4.	Do	15.00	Kettwiger Str	Tschernobyl-Jahrestag- GRÜNER Infostand nahe Marktkirche Mithilfe erwünscht
26.4.	Do	18.00	Sabu/Lichtburg	„Eine unbequeme Wahrheit“ GRÜNE zeigen den Al-Gore Film zur Problematik des Klimawandels, Eintritt frei
27.4.	Fr	20.00	Zornige Ameise (Trafo)	Nacht-Tour der EFI per Rad zur Sternwarte in Schuir (35km) mit astronomischem Vortrag (Beleuchtung!)
27.4.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
29.4.	So			Tag der erneuerbaren Energien
1.5.	Di	10.00	Kennedyplatz	DGB-Kundgebung
1.5.	Di	13.00	Zeche Carl	Internationales Kulturfest mit GRÜNER Beteiligung
2.5.	Mi	19.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West im „jetzt & hier“, Lüneburger Str. 40
2.5.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298
2.5.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
3.5.	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germani-astr. 230
5.5.	Sa	10.00	RVR-Haus	Zukunftskongress der GRÜNEN im Ruhrgebiet (Anmeldung) http://www.gruene-ruhr.de/fileadmin/user_upload/grueneruhr/bv_kongress/zukunftskongressruhr.jpg

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder andern zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich.

Impressum Newsletter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
e-mail: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: J. Drell und alle Vorstandsmitglieder
Konzeption/Gestaltung: F. Yaldizli